

Zu 1412 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Abweichende persönliche Stellungnahme der Abgeordneten
Anna Elisabeth Aumayr gemäß § 42 Abs. 5 GOG

zum Bericht des Umweltausschusses betreffend
Antrag 86/A(E) der Abg. Monika Langthaler und Genossen
betreffend Ozonalarm,
Antrag 138/A der Abg. Mag. Haupt und Genossen betreffend
ein Bundesgesetz, mit dem das Smogalarmgesetz geändert
wird (Smogalarmgesetznovelle 1991),
Antrag 296/A(E) der Abg. Monika Langthaler und Genossen
betreffend Erreichen des Toronto-Abkommens sowie
Bürgerinitiative Nr. 57 betreffend umfassende Ozon-Gesetz-
gebung zur Reduktion der Emission von Ozonvorläufersubstanzen
und zum Schutz vor einem Ozonloch über Europa,
1412 d.B.

Seit dem ersten Bericht des Club of Rome, "Die Grenzen
des Wachstums", der Ende der sechziger Jahre publiziert
wurde, sind unter anderem die Gefahren der Luftverunreini-
gung einer breiten Öffentlichkeit als Problem bekannt.
Seit Anfang der siebziger Jahre wurden in Österreich von
den damals neu gegründeten Bundesministerien für Gesund-
heit und Umweltschutz einerseits und Wissenschaft und
Forschung andererseits auch Forschungsmittel für Projekte
in Zusammenhang mit Luftverschmutzung und Luftreinhaltung
vergeben, nicht zu vergessen die vom Bundesministerium
für Land- und Forstwirtschaft seit Jahrzehnten finanzierte
und betreute Waldschadensforschung.

Nun sollte man meinen, daß die zutage gekommenen Forschungs-
ergebnisse und der daraus folgende riesige Handlungsbedarf
die politisch Verantwortlichen veranlaßt haben müßten,
sowohl auf internationaler als auch auf österreichischer
Ebene energische Maßnahmen zu ergreifen.
Die Teilerfolge bei den in den achtziger Jahren begonnenen
Schwefelreduktionen und die FCKW-Verwendungsverbote im
konsumentennahen Bereich können nicht darüber hinwegtäuschen,
daß sich die Situation bei den übrigen Schadstoffen in-
zwischen dermaßen verschlechtert hat, daß Boden, Vegetation,
Gesundheit von Mensch und Tier, ja sogar die Erdatmosphäre
selbst, durch Luftschadstoffe zunehmenden Bedrohungen aus-
gesetzt sind.

Die weltweite rücksichtslose Ausbeutung und Zerstörung
der natürlichen Lebensgrundlagen ist sowohl auf ein un-
kontrolliertes, gigantisches Bevölkerungswachstum, aber
auch auf eine nach dem Billigstbieterprinzip funktionie-
rende Weltwirtschaft zurückzuführen, der sich auch
sämtliche bisherigen Bundesregierungen der 2. Republik
uneingeschränkt verpflichtet fühlten und fühlen.

Seit 1987 fordern die freiheitlichen Abgeordneten zum
Nationalrat in Initiativ- und Entschließungsanträgen
konsequent energische und zielführende Maßnahmen zur
Luftreinhaltung sowie zum Schutze der Menschen, Tiere
und Pflanzen in Österreich und weltweit.

Diese konkreten Anträge werden von den Regierungsparteien regelmäßig abgelehnt oder in harmlose Entschlüsse umfunktioniert.

So kam es - quasi als Trost für unterlassene Sofortmaßnahmen - Anfang der neunziger Jahre zur Gründung der sogenannten CO₂-Kommission. Obwohl in dieser Kommission hochrangige Wissenschaftler sowie Fachleute aus Interessenvertretungen, Parlamentsparteien und non governmental organizations intensive und engagierte Arbeit leisteten, sollte die Kommission offenbar nur als Beruhigungsmittel für Opposition und Bürgerinitiativen eingesetzt werden. Wie sonst ist es zu verstehen, daß die Veröffentlichung fertiger Jahresberichte vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie monatelang, angeblich wegen Problemen bei den Druckkosten, verzögert werden?

Im letzten Jahresbericht findet sich neben einem Sofortmaßnahmenkatalog auch eine ernste Warnung, den empfohlenen Zeitplan für diese Maßnahmen einzuhalten, da sonst das CO₂-Reduktionsziel (Toronto-Ziel) nicht erreicht werden kann. Dieser Zeitplan wurde vom Ministerrat nicht übernommen.

Auch der vorliegende, von allen im Umweltausschuß vertretenen Parteien gemeinsam erarbeitete Entschlußantrag ist nach Auffassung der Verfasserin dieser abweichenden persönlichen Stellungnahme zwar ein positives Zeichen für konstruktive Zusammenarbeit zwischen Oppositions- und Regierungsparteien, der erzielte Kompromiß wird aber den zu lösenden Problemen bei weitem nicht gerecht.

So wurden insbesondere aus den Aussagen des von der FPÖ nominierten Experten Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Krapfenbauer über die Ozongefährdung der Vegetation schon bei niedrigen Meßwerten, über die Gefahren steigender anthropogener Stickstoffemissionen und über die Dringlichkeit von Vorsorge- und Reduktionsmaßnahmen keinerlei wirksame Maßnahmen abgeleitet, wie sie von den FPÖ-Abgeordneten als Initiativantrag zum Smogalarmgesetz gefordert wurden.

Es ist daher kein Wunder, daß die ca. 10.000 Unterzeichner der Ozon-Bürgerinitiative mit großem Unmut auf das magere Resultat des seit 3.11.1992 bestehenden Unterausschusses verweisen, wofür allerdings die Abgeordneten der Oppositionsparteien und den der ÖVP angehörenden Obmannstellvertreter des Unterausschusses kein Verschulden trifft.

Nicht aus fundamentaloppositionellen Gründen, sondern aus Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung und den Weiterbestand von Flora und Fauna sowie mit dem Wunsch, die konstruktive Zusammenarbeit im Umweltausschuß möge in Zukunft diese Belange vor das kurzfristige politische Kalkül noch stärker als bisher berücksichtigen, sieht sich die Unterzeichnerin der abweichenden persönlichen Stellungnahme leider gezwungen, den Bericht des Umweltausschusses abzulehnen.